

Strategiepapier zu den Bürgerschaftswahlen 2019: Zukunft Bremen 2035

Die Hochglanzbroschüre „**Zukunft Bremen 2035**“, die 158 Seiten darunter aber auch viele mit Bildern umfasst, wurde von der Pressestelle des Senats herausgegeben. Ich befassen mich damit, weil sie widerspiegelt, wie sich die herrschenden Kreise in Bremen gegenwärtig selber sehen – und glauben sich damit der Öffentlichkeit werbend für den Wahlkampf präsentieren zu können. Es ist die verbale Grundlage, auf dem sie sich verständigen und um Geld und Positionen ringen. An ihm haben alle wichtigen Gruppen mitgearbeitet. Die öffentliche Verwaltung hat es wesentlich in diese Fassung gebracht und mit den laufenden Vorhaben abgestimmt. Es ist von externen Gutachtern gegengecheckt und einer ersten Prüfung durch öffentliche Debatten ausgesetzt worden. Er stellt eben den Konsens dar, auf den man sich in der Bremer Politik verbal einigen konnte.

Abgestimmte Grundlage der politisch etablierten Kreise in Bremen. Mehr könne sie nicht.

Damit ist auch klar: Eine kritische Analyse der Situation und weswegen Bremen in die Lage gekommen ist, kann darin nicht geleistet werden. Es gibt keine Analyse¹ nicht einmal ein Bewusstsein darüber, wie diese beiden Städte in den letzten Jahren unter Führung dieser Kreise relativ zurückgefallen sind.

Kritischer Blick in die Vergangenheit, Analyse der Ursachen der Lage ist nicht zu erwarten und mit den Tätern nicht möglich.

Es ist kein wissenschaftlicher Text, auch wenn Professoren / „externe Experten“ als schmückendes Beiwerk ihren gut bezahlten milden Senf dazu gegeben haben. Trotzdem haben die Aussagen das Niveau von Platituden. Differenzierungen sind geringer als etwas längere Zeitungsartikel zu solchen Themen. Z.B.:

„Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung erfordert neues Denken, das Ressortgrenzen überwindet. Städtebau, Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Bildungs- und Sozialpolitik müssen an einem Strang ziehen.“

In Bremen wird Erschließungskonzept für die Gartenstadt Werdersee als Pilotprojekt für klimasensible Neubaugebiete erarbeitet. Wegen der Zunahme von Starkregenfällen werden in der ganzen Stadt bei allen Hoch- und Tiefbauvorhaben Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge und Regenwasserrückhaltung umgesetzt.“

Hier fällt der großsprecherische, fast philosophische Ansatz mit seiner klein-klein Konsequenz auf: Höhere Deiche und größere Regenwasserrückhaltebecken.

Allerdings könnte man auch aus positiven Formulierungen eine Kritik zurückrechnen. Z.B. „Ziel ist, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können.“ Ja, können sie das gegenwärtig nicht? Anscheinend ist das so. Aber wieso, bleibt natürlich ungesagt und würde auch widersprüchliche Antworten hervorrufen etwa: Die Unternehmen zahlen solche Hungerlöhne, weil sie ihren Gewinn vermehren wollen und sind deswegen verantwortlich. Bzw.: Der Staat verursacht so unproduktive allgemeine Produktionsbedingungen und Abgabeordnungen, dass die Arbeitenden nicht genug erwirtschaften, um ihnen einen auskömmlichen Lohn zu zahlen.

Es gibt in dem Papier nicht einmal zu kritisierende Zustände sondern nur positive Ziele. Selbst im Bildungsbereich weiß man sich nur zu loben, dass man stark in der Inklusion sei². Aber immerhin wird zugegeben, dass es verbesserungsfähige Zustände gibt. Denen werden dann einfach Ziele gegenüber gestellt – der schiere Ide-

¹ Es werden weiterhin Mythen verbreitet, z.B. Werfkrise als Ursache. Ich habe am 20.11. die Veranstaltung mit Bürgermeister Sieling mitgemacht – „Bremen von oben“. Miserabel, aber bezeichnend: Euphorische Stimme des die Bilder erklärenden Journalisten. Darin natürlich wieder Werfenkrise als Ursache. Nebbich. Warum scheitern die Bremer Werften während die Meyer-Werft in einem lausigen Standort Papenburg an der Ems, mitten auf dem platten Land, sich nicht nur hält sondern wächst? Warum schrumpft in Bremen die einst starke Nahrungs- und Genussmittelindustrie? Ein wirkliches Cluster, das verfällt. Jacobs kommt nicht zurück als internationaler Produzent, sondern als Immobilienspekulant, wie so viele andere abgewanderte oder dicht gemacht habende Unternehmen- z.B. Eduard Schopf, Reidemeister und Ullrichs ...

Warum ist HB langfristig langsamer gewachsen als andere z.B. als Leipzig.
Warum ist HB so schlecht in vielen Bereichen, Arbeitslosigkeit, Bildung, allgemeine Verwaltung, Sicherheit, Justiz, Verkehr, Krankenhäuser, Finanzen?

Wieso wächst HB kurzfristig schneller als vergleichbare Städte – bzw. Bundesländer. Selbst der WK weiß es: Es ist die Position als verlängerte Werkbank: „Last hired, first fired.“ Das lässt aber erwarten, dass bei der nächsten Wirtschaftskrise es eben wieder umgekehrt geht: Schnellerer Abstieg.

² „Die lange Tradition der Integration und Inklusion, auf die die Bremer Bildungspolitik zurückblicken kann, ist eine Stärke und Grund zu bildungspolitischem Selbstbewusstsein“

alismus. Warum wird nicht gefragt, weswegen das bisher auch so nicht funktioniert hat?

Warum werden all die vielen Zielkonzepte / Stadtentwicklungsprogramme der Vergangenheit nicht zu Rate gezogen und deren Zielerreichung überprüft?

Es ist überhaupt ein fast nicht lesbares Papier. Wahrscheinlich ist um jedes Wort gerungen worden, aber nicht um gut lesbare Sätze zu formulieren. Sondern einerseits, weil jemand ein Wort drin haben wollte, um seine künftigen Ansprüche an die Politik daraus ableiten zu können, oder, andererseits, sind Worte oder Sätze gestrichen worden, weil jemand fürchtete, daraus könnten Ansprüche oder aber gar Kritik abgeleitet werden. Wer die jeweiligen Hintergründe und Kämpfe nicht kennt, die zur jeweiligen Formulierung geführt haben, kann die bürokratische Sprache dieser doch hochakademischen Schreiberlinge nicht wirklich ergründen. Es fällt jedenfalls auf, dass fast alle Sätze aus Passivkonstruktionen bestehen. Handelnde Subjekte gibt es kaum und daher auch keine Verantwortlichkeiten. Wer die ein oder andere Aufgabe übernehmen wird, darum dreht sich ja auch das Gerangel zwischen den Beteiligten. Selbst in den so entschieden klingenden Kasten-Überschriften „**Daran wollen wir uns messen lassen**“ wird mir nicht klar: Wer will sich messen lassen und von wem – und was hat das für eine Konsequenz? Der Inhalt dieser Kästen ist häufig auch so formuliert, dass gar kein Maßstab genannt wird, oder aber es mehr oder weniger Selbstverständlichkeiten sind.

Bürokratische Sprache

Es ist notwendig ein pragmatischer Text: Die vorhandenen Tatsachen und Kräfte werden als gegeben hingenommen und mit den vorhandenen Mächten wird weiter gearbeitet. Es kann also nur ein „weiter so“ geben.

Weiter so nur noch besser! Nach Inhalt und Methode. Mehr steht nicht drin und kann auch nicht erwartet werden.

Es hat keinen Sinn, sich an einzelnen Punkten zu reiben oder Veränderung vornehmen zu wollen. Das Projekt ist austariert und eingebunden. Man kann es eigentlich nur versuchen zu analysieren und – falls gewollt – eine Gegenposition entwickeln. Die kann dann aber nicht genauso umfassend und willkürlich allgemein oder detailliert ausfallen. Man kann nur selber einem wesentliche Positionen formulieren.

Ein innerer Widerspruch in dem Papier und dem über die Finanzanalyse, dem Weg in die Überschuldung, ist der: Einerseits wird es als sozusagen schicksalhafter, damit von der Politik nicht zu verhindernder Prozess oder Geburtsfehler gesehen, dass die Wirtschaft Bremens in eine „Strukturkrise“ gekommen sei. Andererseits wird postuliert, mit Wirtschaftspolitik das Gegenteil bewirken zu können. Wieso hat Wirtschaftspolitik das bisher nicht verhindert? Und was ist nun die Wirtschaftspolitik, die den beklagenswerten Zustand verändert? Wachstum ist das Allheilmittel.

Innerer Widerspruch: Vergangenheit ist Schicksal genannt „Strukturkrise“, Zukunft aber gestaltbar. Tatsächlich mit den gleichen Kräften und Methoden?

Dieses Zukunftspapier sollte eigentlich zusammen mit dem Papier der Finanzsenatorin Linnert für die Zukunftskommission vom 11.9.2017 gelesen werden. Es zeigt die Misere, wenn auch nicht deren Ursachen,³ der Finanzkrise Bremens bis zu einem gewissen Grad auf. Das ganze Ausmaß wird auch dort nicht deutlich.

Und nun zu einigen **Inhalten**:

Wachstum als Allheilmittel d.h. insbesondere Wachstum der Bevölkerungszahl. Es ist dem einzelnen Bürger eigentlich egal, wie viele Mitbürger er hat, 500 oder 600 Tausend. Die meisten wissen das nicht einmal. Aber die Finanzzuweisungen im Länderfinanzausgleich und vom Bund hängen besonders daran, verstärkt durch die „Einwohnerwertung“ im Finanzausgleich: Die Bürger der Stadtstaaten (B; HH; HB) werden dabei mit 135% gewichtet.⁴ Also geht es nicht um das Wohl der Bürger, sondern über wie viel Geld können die Politiker verfügen – und Geld

Wachstum als Allheilmittel, aber nicht zum Wohle der Bürger, sondern zur besseren Finanzausstattung der Regierenden.

³ Es ist für mich fürchterlich, wie auch sie die Ursachen und die grandios falsche und desaströse Finanzpolitik der Großen Koalition davor von ihr weitgehend verschwiegen wird.

⁴ Das Argument, dafür ist: Die Stadtstaaten bieten auch Infrastruktur und Dienstleistungen für Umlandbewohner an, ohne deren Steuern zu bekommen. In der öffentlichen Diskussion wird zwar häufig auf die Tatsache hingewiesen, dass eine solche Inanspruchnahme erfolge, viel seltener aber, dass es dafür schon einen Ausgleich gibt.

heißt auf die Politik umgesetzt: Macht – das Lebenselixier ihres Daseins. Das Wachstum muss auch noch überdurchschnittlich sein, weil, wenn alle gleich wachsen, dann gibt der Schlüssel ja keine neue Verteilung her. Deswegen geht es auch um Wachstum relativ zu den anderen Bundesländern, denn es geht um den Finanzausgleich bezogen auf die Länder. Ein realistischer Vergleichsmaßstab für die Bevölkerungsentwicklung wäre eigentlich die Städte zwischen 400 und 650 Tausend Einwohner der Bundesrepublik. Aber der hätte nur statistischen Wert. Also dieses Oberziel ist ein rein bürokratischer, kein Anliegen der Bürger.

„Daran wollen wir uns messen lassen:

Bevölkerungswachstum über dem Durchschnitt der Bundesländer“

Kasten Seite 13

Dieses grundlegende Ziel ist aber gleichzeitig ein ziemliches Risiko, weil Bremen eigentlich keine wachsende Stadt, insbesondere nicht im Verhältnis zur Bundesrepublik, sondern eine schrumpfende Stadt ist. Aus Bremen ziehen inzwischen ins Bundesgebiet mehr Leute fort, als von dort zu. Das war früher noch anders und ist in den meisten großen Städten auch anders. Nur aus dem Ausland kommen gegenwärtig noch mehr Menschen nach Bremen als dorthin abwandern. Aber selbst die Auslandswanderung der Deutschen ist m.W. negativ. Nicht aus Zufall wurde Bremen als zehntgrößte Stadt in Deutschland – gemessen an der Bevölkerungszahl – jüngst von Leipzig abgelöst. Anhaltend sterben mehr Menschen in Bremen als geboren werden. Auch das ist inzwischen in einigen Großstädten der Bundesrepublik anders. Diese Tatsachen sind den Kommissionsmitgliedern natürlich bekannt, und es gibt eine Untersuchung des IAW, des Institutes Arbeit und Wirtschaft, der Bremer Universität, das diese schwache Bevölkerungsentwicklung Bremens erst vor kurzer Zeit aufgezeigt hat.⁵ Es erscheint mir daher unwahrscheinlich, dass dieses für die anderen Aufgaben grundlegende Ziel erreicht werden kann.

Bevölkerungswachstum ist Ziel und Mittel des Plans. Aber sehr risikoreich. Bremen ist wie Bremerhaven eine strukturell schrumpfende Stadt.

Mir dreht sich der Magen um, da ich erkennen muss, dass die gleichen Fehler, die die große Koalition in den Jahren der ersten Entschuldungsmilliarden (in den Jahren 1994 bis 2004) gemacht hat, jetzt wiederholt werden sollen.

(Siehe meinen Beitrag „Sanierung Bremens durch Entschuldungshilfen des Bundes“ vom 3.4.2003 auf dieser Webseite

<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20030403.pdf>

Es wird zwar argumentiert, damals sei Wirtschaftspolitik gemacht worden, um darüber mehr Arbeitsplätze und damit mehr Bevölkerung und damit Steuerzahler zu bekommen, heute wolle man direkt die Wohlfahrt der Bevölkerung fördern und damit mehr Einwohner werben bzw. hier halten. Aber das ist gehupt wie gesprungen: Die Bremer Politik hat auf der Ebene der klassischen Förderpolitik und auch noch mit den verfilzten Interessengruppen nicht die Möglichkeit, Bevölkerung- und Wirtschaftsentwicklung zu steuern. Die Außenverflechtung ist im Übrigen viel zu intensiv, als dass finanzielle Maßnahmen nicht sofort und überwiegend abfließen. Und die wesentlichen vorgeschlagenen Maßnahmen sind wieder Investitionen in Beton / in Bauwerke. Das Desaster ist absehbar. Mir wird ganz schlecht.

Wiederholung des Desasters der Politik von 1994 bis 2004 absehbar: Vergebliche Vergeudung aller Ressourcen!

City

„Für die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt unserer Städte sind die Aufwertung der Innenstädte sowie sichere, saubere und gut ausgestattete Quartiere ebenso wichtig wie eine moderne und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur.“ S 4 Solch scheinbar nichtssagende Sätze werden aneinander gereiht. Aber selbst die sind sogar falsch. Die City dient nicht dem sozialen Zusammenhalt sondern der sozialen Spaltung. Dafür möchte ich auf meinen Beitrag in den „Bremer Verhältnissen“ verweisen, den ich vor zwei Jahren in Reaktion auf die Kampagne des WK zur Cityverschönerung geschrieben habe:

„Cityverschönerung, ein Spaltpilz für die Stadtgesellschaft“

<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20151222.pdf>

Soziale Spaltung wird weiter vorangetrieben.

⁵ IAW ARBEIT UND WIRTSCHAFT IN BREMEN Ausgabe 23 / Februar 2018

Die Schreiber von Zukunft Bremen 2035 treiben diese spalterische Politik weiter, obwohl sie doch mit hohen Verlusten für die öffentliche Hand gerade erst mit dem City-Center gescheitert sind. Für den Lloydhof haben sie schon jetzt wieder eine typische Finanzierung privater Gewinne durch langfristige öffentliche Haushaltsbelastung anscheinend beschlossen, und setzen diese Verlustpolitik zu Lasten der öffentlichen Haushalte und zum Wohle privater Immobilienanleger fort:

Fortschreibung des Innenstadtkonzepts Bremen

- **Deutliche Attraktivitätssteigerung der Innenstädte, insbesondere durch Qualifizierung der öffentlichen Räume und Zugänge**
- **Umgestaltung der Domsheide zum attraktiven neuen Eingangsbereich der Bremer City S 12**

Verkehr

Das „Handlungsfeld 11“ Verkehr verweist auf frühere Planungen, u.a. auf den Verkehrsentwicklungsplan VEP Bremen 2025. Auch an vielen anderen Stellen von Zukunft Bremen 2035 wird der Verkehr angesprochen.

Nirgendwo steht ein Satz in dem Sinne: Verkehrsinfrastruktur dient der Beschleunigung der Raumüberwindung für Menschen, Güter, Nachrichten und Energie. Oder: Verkehrseinrichtungen geben Antworten auf die zentralen Fragen, wie komme ich oder bringe ich Material, Nachrichten und bzw. oder Energie schnell und preisgünstig von einem Ort zum anderen.

Es gibt viele Randbedingungen, die Verkehrsplanung zu einem extrem komplizierten Geschehen machen, darunter natürlich Sicherheit, Lebensqualität, Umwelt und Kosten, Verfügung über Verkehrsmittel, soziale Beziehungen, Bequemlichkeit, Mode, Vorlieben etc.pp. Und dazu gibt es in dem Papier eine Fülle salbungsvoller Sprüche. Aber bei Beachtung all der Faktoren darf man den Zweck der öffentlichen und privaten Verkehrsaufwendungen nicht aus dem Auge verlieren.

Die Bremer Politik billigt nur dem Wirtschaftsverkehr die Frage nach der Effizienz des Verkehrs eine tragende Rolle zu. Beim privaten Personenverkehr taucht sie als die wichtigste kaum auf – außer in dem Bedauern, dass der ÖPNV nur schwer mit dem Fahrrad mithalten kann. Sie reden sich mit ideologisch aufbereiteten Zahlen die Verhältnisse in Bremen schön: Das propagandistisch weit verbreitetste geschönte Bild ist, dass 25% der Personenwege in Bremen mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Der Vergleichsmaßstab für die Anteile am Personenverkehr ist aber Personenkilometer. Und da sackt der Anteil des Fahrradverkehrs sofort deutlich ab. Eine Zahl dafür findet sich aber nicht im VEP 2025. Aber ein Hinweis darauf, wie in Bremen ideologisch Politik betrieben wird, und eigentlich nichts richtig vorankommt:

„Auffällig ist, dass die Autobahnzubringer in Straßenzüge übergehen, die i. d. R. einen deutlich anderen Straßencharakter mit deutlich geringeren Kapazitäten haben – ohne dass sich die Verkehrsbelastungen entsprechend verringern. Dies verdeutlicht die Brüche und die Inhomogenität des Straßennetz- ausbaues und spiegelt die Brüche in der Ausbauphilosophie seit den 60er und frühen 70er Jahren wider“: Verkehrsentwicklungsplan VEP Bremen 2025 S 43 von mir stark gekürzt und hervorgehoben.

Seit über 40 Jahren plant Bremen an der Verwirklichung des Autobahnringes, den inzwischen eigentlich jede größere Stadt und damit ihren innerstädtischen Verkehr entlastet hat, und kriegt es nicht zustande. Die vorgesehenen Baumaßnahmen für eine schlechte Lösung werden auf Jahre unglaubliche Staubelastungen im Stadtgebiet hervorrufen. Bremen verliert seit Jahren Anteile am Logistikmarkt auch an andere innerdeutsche Städte.

Dabei gibt es auch in Bremen mindestens ein Modell, wie man die Verkehrsarten gut voneinander trennt und lebenswerte Wohnbereiche schafft: Das ist die Neue Vahr Südwest: Die Erschließungsstraßen sind Ringstraßen, in die sich kein Schleichverkehr verirrt. Die äußere Anbindung MIV und ÖPNV liegen außerhalb tangential an den Wohngebieten, und die Fuß- und Radwege verbinden die Wohngebiete untereinander und mit dem Einkaufszentrum direkt. Und vor den Häusern kann man ungefährdet spielen.

Aber diese Bauweise ist den Bodenspekulanten wohl zu locker für die Bodenverwertung.

Personenverkehrspolitik sieht den Wald / das Große Ganze vor lauter ideologischen Bäumen nicht mehr. Widersprüchlichkeit zur Güterverkehrspolitik.

Ein großes Problem ist die moralische Überfrachtung jedes Zieles, die Political Correctness. Es gibt keine klaren Regelungen für den Bürger. Alles wird mit so vielen „Werten“ überfrachtet, was die Politik kontrollieren will, dass daraus ein diffuser religiöser Obrigkeitsstaat wird. Es gibt keine freien Bürger, die aus den gesetzlichen Regelungen heraus erkennen können, was sie dürfen und dann auch tun können. Alle müssen duckmäuserisch gut Wetter bei den Oberen machen, wenn sie etwas wollen. Dies ist einer der Gründe für den Niedergang Bremens und der mangelnden Möglichkeit ihrer Bürger, als starke, selbstbewusste Bürger gute eigene Regelungen durchzusetzen und gut damit zu leben.

Auch deswegen gibt es in Bremen kaum eine Start UP Szene. Wieso muss die öffentliche Hand die zum Jagen tragen? Weil sie alles auf die ideologische Correctness, bzw. politische Verwertbarkeit hin abklopft. Und sollte irgendwas irgendjemanden der Ideologen und Interessengruppen nicht passen, dann wird es verhindert.

So gibt es keinen Aufbruch in Bremen und das Land wird weiter absinken und Kostgänger des Bundes und der anderen Länder bleiben. Bis die es satt haben, und Bremen behandeln wie die EU Griechenland in der Finanzkrise behandelt hat: Es werden die Schulden, die Bremen nicht mehr zahlen kann, nicht etwa wie bei jeder richtigen Pleite gestrichen, sondern vom Bund übernommen. Es werden vielmehr die Bremerinnen und Bremer, deren man habhaft werden kann, demonstrativ in die weitere Verarmung geschickt. Dann wird jeder aus Stadt und Land fliehen, der kann – und die Bevölkerungszahl wird stark zurückgehen. Ein nicht so schöner Ausblick auf die Zukunft Bremen 2035. Aber wer weiter macht wie bisher, wird auch die Ergebnisse wie bisher bekommen. Allerdings könnte der starke Rüstungssektor der Bremer Wirtschaft eine Wende bringen, wenn tatsächlich massiv aufgerüstet wird. Sollte man das etwa als Fünkchen Hoffnung bezeichnen?

Ideologische Überfrachtung führt zu kleinlicher Gängelung und abtöten von Initiativen, wenn sie nicht der Political Correctness entsprechen.

Perspektive eher schrumpfen als wachsen. Der schamhaft verschwiegene starke Rüstungssektor in Bremen könnte bei Aufrüstung ungeliebter Wachstumssektor werden.